Sonderausgabe 1
der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz

DER MAI-PUTSCH

Die Schuld der Kommunisten
an den blutigen Maivorgängen
1929 in Berlin

Ch
III, 4

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

34

Herausgegeben vom
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

4512

Einleitung.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft erhebt schwere Anklage.

Die kommunistische Parteizentrale hat die hohe Idee des proletarischen Weltfeiertages entweiht durch eine sinn- und würdelose Hetze von Arbeitern gegen Arbeiter, sie hat den machtvollen Kampfgedanken des 1. Mai hinabgezerrt in den Schmutz einer verbrecherischen Barrikadenkomödie, in den Wahnwitz einer „bewaffneten Aktion".

Schwerer aber noch als unsere Anklage wiegt die Verantwortung und das Verbrechen derer, die die blutigen Ereignisse verschuldet haben. Schuld und Verantwortung für das, was geschehen ist und noch geschehen wird, müssen klar und unerbittlich festgestellt werden im Interesse der Einheit und Reinheit der Arbeiterbewegung. Denn um ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft handelt es sich hier. Die Ereignisse der ersten Maitage waren nicht der spontane Ausbruch eines einheitlichen Massenwillens, sie waren nicht die Vorboten oder die Folge eines unabänderlich sich vollziehenden großen Geschehens. Sondern die blutige Tragödie des 1. Mai war das planmäßig vorbereitete und bewußt gewollte Ergebnis einer blindwütigen Hetzarbeit, deren tieferer Grund die immer deutlicher werdende Ohnmacht der kommunistischen Internationale und deren Ziel die Zerstörung der Sozialdemokratie und die Aufrichtung der kommunistischen Diktatur sind.

Wir haben keine Ursache, der maßlosen, niedrigen und lügnerischen Hetze der Kommunisten mit gleichen vergifteten Waffen entgegenzutreten. Unsere Waffen sind schärfer und reiner. Wir erheben keine Anklage, ohne Beweise zu haben. Kein Beweis könnte vernichtender und eindeutiger sein, als die im folgenden aneinandergereihten Tatsachen. Sie ergeben mit unerbittlicher Klarheit die wahren Hintergründe und die Schuldigen nicht nur der blutigen Maiereignisse, sondern all der Vorgänge, die die Schlagkraft und innere Stärke der Arbeiterschaft lähmen und mindern sollten in einem Augenblick, da es mehr denn je auf die Einheit der Arbeiterklasse ankommt. Das Wiederaufleben der sinnlosesten Putscherei, der vor keinem Mittel zurückschreckende Kampf gegen die Sozialdemokratie im Bunde mit der schwärzesten Reaktion, die Minierarbeit gegen die Gewerkschaften, das alles liegt in einer Linie. Es ist das letzte ohnmächtige Aufbäumen gegen den Zerfall und den ideellen Niedergang des Kommunismus, dessen Rückzugsgefechte nichts anderes sind als eine Reihe schwerster Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft.

X 4512

Warum Demonstrationsverbot?

In maßlos niederträchtigen und verlogenen Angriffen versucht die KPD.-Führung die Verantwortung für die blutigen Ereignisse der ersten Maitage 1929 in Berlin von sich abzuwälzen und der Sozialdemokratie und ihren an verantwortlichen Posten stehenden Führern zuzuschieben. Nach ihrer Darstellung haben die „Sozialfaschisten" Braun und Grzesinski, hat der „Bluthund" Zörgiebel, haben die „Zutreiber der Bourgeoisie und Sozialimperialisten" Severing und Hermann Müller im Bunde mit den „an das Trustkapital verratenen Gewerkschaften" ein Demonstrationsverbot erlassen, um die Arbeiterschaft zu provozieren, um ein Blutbad anzurichten und die faschistische Diktatur vorzubereiten. Aber das Berliner Proletariat habe sich „das Recht auf die Straße" erobert, zu Hunderttausenden sei die Arbeiterschaft unter Führung der KPD. auf die Straßen gezogen, um für das Demonstrationsverbot heldenhaft „gegen die Kosaken Zörgiebels" zu kämpfen. Wäre das Demonstrationsverbot nicht gewesen, niemals wäre ein Tropfen Blut geflossen.

Das war der Refrain der KPD.-Presse. Jedes Wort eine Lüge!

Trotz ihrer Gegnerschaft zum demokratischen Staat haben Rotfrontkämpfer und Stahlhelmleute Hunderte von Demonstrationen durchführen können. Diese Freiheit wurde von ihnen aber dazu benutzt, um das politische Leben zu vergiften. Monatelang folgte Ueberfall auf Ueberfall, Messerstechereien und Revolverschießereien waren an der Tagesordnung.

Banden von Rotfrontbündlern und Hakenkreuzlern überfielen Reichsbannertrupps, störten gewaltsam ruhige Versammlungen.

Es gab Verletzte, Tote — sinnlos wurden Leben und Gesundheit ruhiger und besonnener Menschen gefährdet, vernichtet. Mit welchen Methoden der politische Kampf selbst von Kommunisten gegen Kommunisten geführt wurde, zeigt folgender Notschrei der oppositionellen kommunistischen Zeitung „Gegen den Strom" vom 23. März 1929:

> „In Breslau, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Thüringen, Stuttgart, Offenbach, Köln, Hamburg, Kiel, Stettin und in anderen Orten des Reiches ist es seit Beginn der Parteiauseinandersetzungen zu zahlreichen organisierten Ueberfällen der Thälmaniden auf Anhänger und auch Zusammenkünfte der Opposition gekommen. Die Häufung organisierter Ueberfälle ist auf zentrale Anweisung zurückzuführen. Die traurigen politischen Bankrotteure, die heute an der Spitze der KPD. und des RFB. stehen, greifen zum Gummiknüppel, zum Messer und zu anderen Waffen. Mit diesen Waffen statten sie besonders zusammengestelte Rollkommandos aus."

Solche Elemente waren es, die die andersdenkende, in ihrem politischen Leben disziplinierte Bevölkerung terrorisierten. Bei der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums wurden in den Monaten September, Oktober und November 1928 nicht weniger als 118 Straffälle bearbeitet, die Zusammenstöße politisch Andersdenkender betrafen. Dabei handelte es sich

in 41 Fällen um Angriffe von linksradikaler Seite,
in 25 Fällen um Angriffe von rechtsradikaler Seite

und nur in 32 Fällen um Zusammenstöße sonstiger politischer Gegner.

Unter diesen Umständen hielten es die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlichen Behörden für geboten, die Demonstrationen in Berlin auf offener Straße vorübergehend zu verbieten.

Demokratie ist nicht der freie und unbestrafte Gebrauch von Messern und Revolvern, von Totschlägern und Knüppeln, sondern Kampf der Ideen. Da aber die

Ueberfälle und Ausschreitungen, die von links- und rechtsradikalen Verbänden und Parteien begangen wurden, nicht aufhörten, erließ der preußische Minister des Innern am 24. März 1929

eine „letzte öffentliche Warnung".

Es hieß darin:

„Ich habe wiederholt Anlaß genommen, vor einer Fortsetzung dieses Treibens, das mit der Politik und politischen Kampf nichts mehr zu tun hat, zu warnen. Zuletzt habe im am 1. März 1929 im Landtage die aus diesen Vorfällen erkennbare Unduldsamkeit gegeißelt und an die Führer der verschiedenen politischen Richtungen und Parteien die dringende Mahnung gerichtet, auf ihre Anhänger in mäßigendem Sinne nachdrücklichst Einfluß auszuüben. Meine Warnungen und Hinweise haben bisher bedauerlicherweise nicht überall die notwendige Wirkung gehabt.

Ich wiederhole daher heute noch einmal sehr ernstlich meine Mahnung an alle politischen Organisationen, Bünde und die Führer der ihnen nahestehenden politischen Parteien und ersuche auch die in Frage kommende Presse dringend, durch Abkehr von dem gerade in den letzten Wochen wieder beobachteten verhetzenden und die auch von ihnen für erforderlich gehaltene Autorität des Staates untergrabenden Ton auch ihrerseits zu einer Befriedung des öffentlichen Lebens beizutragen, so daß politische Meinungsverschiedenheiten wieder in vernünftigen Formen ausgetragen werden und Andersdenkende von ihren politischen Gegnern unbelästigt bleiben.

Wenn dieser letzte Versuch, die politische Betätigung der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze gegen jede Beeinträchtigung zu schützen und die Ausartungen des politischen Kampfes durch Anwendung gewaltsamer Mittel zu unterdrücken, ungehört verhallen sollte, werde ich zum Besten der friedlichen und friedliebenden Bevölkerung gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten. Dabei würde ich auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverwaltungen in Preußen habe ich mit Erlaß vom heutigen Tage mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen."

Diese letzte Warnung des preußischen Innenministers wurde von der Zentrale der Kommunistischen Partei in den Wind geschlagen. Schon kurze Zeit danach begann sie mit der planmäßigen Vorbereitung des Mai-Putsches.

Die Hintergründe der „Aktion".

Man kann die Ursache und den Verlauf der Vorgänge an den ersten Maitagen in Berlin nicht verstehen, wenn man nicht zuvor einen Blick auf die Zustände im bolschewistischen Rußland und in der Kommunistischen Internationale wirft Die Sowjetregierung muß der arbeitenden Bevölkerung Rußlands nachweisen, daß die Welt sich in einer „neuen revolutionären Periode" befinde und daß der Bolschewismus als Sieger daraus hervorgehen werde. Die Kommunistische Internationale wiederum, die sich einer immer drohender aufreckenden Opposition in den eigenen Reihen gegenüber sieht, muß den Beweis erbringen, daß sie die „richtige" Linie zur Eroberung und Bolschewisierung der Massen befolgt. Und die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands muß den Machthabern in Moskau zeigen, daß ihr Einfluß auf die Massen steige. Blind folgt sie den Moskauer Einpeitschern.

Schon am 28. April 1928 schrieb die „Rote Fahne", wenn nicht alles trüge, würden die Maidemonstrationen des Jahres 1928 zu den letzten friedlichen der Nachkriegszeit gehören.

Welche Rolle Moskau in dem Maiverbrechen gespielt hat, wird blitzartig erleuchtet durch folgende

Telegramme,

die nach dem 1. Mai an die Berliner KPD.-Zentrale gerichtet wurden:

„Barrikaden und Blut Berliner Arbeiter werden in der Geschichte der Revolution verewigt sein als Demonstration revolutionärer Bereitschaft

deutscher Arbeiterklasse und als empörender Akt des Verrats dreimal verfluchter Sozialdemokratie. Zentralkomitee Metallarbeiterverbandes Sowjetunion sendet flammende Grüße heldenhaften Kämpfern für Sozialismus. Es lebe proletarische Weltrevolution! Es lebe rücksichtsloser Kampf auf Leben und Tod gegen Bourgeoisie und ihre Hofhunde Sozialdemokraten. Präsidum Zentralkomitee Metallarbeiterverbandes Sowjetunion. Lepse."

„Berliner Maidemonstration abgibt neues Zeugnis ungeheurer Zuspitzung Klassengegensätze und Kampfentschlossenheit deutscher Arbeiterschaft. Sie darstellt Weiterführung revolutionärer Taktik. Hunderttausend Arbeiter unter revolutionärer Führung auf Straßen Berlins haben bewaffneten vereinten Kräften Bourgeoisie Reformisten Waffengang geliefert, der als Auftakt zu heranrückenden Kämpfen zu betrachten ist. Senken unsere Kampfesfahnen vor heldenhaften Opfern soozialdemokratischer Meuchelmörder. Beileid Hinterbliebenen proletarischer Opfer. Revolutionäre Kampfesgrüße kampfentschlossenem Berliner Proletariat. Vollzugsbureau."

Für die KPD. stand fest, daß sie vor bewaffnetem Aufstand nicht zurückschrecken würde, um den Wahrheitsbeweis für die von Moskau dekretierte „neue revolutionäre Situation" zu führen. Der RFB.-Vorsitzende Thälmann sagte bei einer Sitzung in Hamburg am 23. Oktober 1926:

„Keine Regierung hindert uns daran, die Fortsetzung des Kampfes an einem bestimmten Tage durchzuführen. Der Weg geht über die Eroberung der Staatseinrichtungen. Die Arbeiterfäuste des Proletariats müssen auf die Bourgeoisie einschlagen."

Am 5. Jahrestag des Hamburger Aufstandes, im Oktober 1928, sagte Thälmann:

„Wir werden erneut auf die Barrikaden steigen, und dann werden wir die proletarische Diktatur erkämpfen."

Am 18. November 1928, auf der Gaukonferenz des „Roten Frontkämpferbundes" Berlin-Brandenburg, schloß die angenommene Resolution:

„Die neu aufsteigende Welle der revolutionären Arbeiterbewegung wird den Gang der proletarischen Revolution beschleunigen. . . Wir werden diese zu einem bewaffneten Aufstand zu steigern haben zur siegreichen Druchführung der Revolution in Deutschland. Wir müssen heute fortsetzen, was die Oktoberkämpfe 1923 begonnen haben. . ."

Das Demonstrationsverbot, das alle Parteien gleichmäßig traf, bot der kommunistischen Parteileitung nur den Vorwand, um Zusammenstöße mit der Polizei und damit das von ihr erwünschte Blutbad herbeizuführen. Für die tatsächliche Durchführung der Aktion spielte das Verbot keine Rolle, denn die kommunistische Parteileitung war fest entschlossen, in jedem Fall Zusammenstöße herbeizuführen.

Hätte der Berliner Polizeipräsident das Demonstrationsverbot aufgehoben, dann wären höchstwahrscheinlich nicht 28, sondern viel mehr Tote zu beklagen. Die Demonstrationen hätten sich in diesem Falle allerdings nicht nur gegen die Polizei, sondern vor allem gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften gerichtet.

Mit welcher brutalen Gewissenlosigkeit die KPD.-Zentrale ihren Plan aufbaute, läßt sich aus zahlreichen Tatsachen unumstößlich beweisen. Nach der Maifeier im vorigen Jahre konnte man mehrfach von kommunistischer Seite hören, es sei die letzte ruhige Maifeier gewesen, bei der nächsten würde es „anders" zugehen. Inwiefern es „anders" zugehen sollte, zeigt die Aeußerung des kommunistischen Abg. Kasper bei der Gründung des kommunistischen Berliner „Maikomitees" am 12. April:

„Der 1. Mai wird eine Generalprobe für den kommenden Bürgerkrieg sein, sowohl für das Proletariat, als auch für die Polizei."

Da es noch nie einen „Bürgerkrieg" ohne Blutvergießen geb, heißt das mit anderen Worten klipp und klar: Die KPD. wird dafür sorgen, daß am 1. Mai Blut fließt.

In einem Rundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung Wasserkante hieß es:

„Der 1. Mai ist kein Feiertag, sondern ein Kampftag. An diesem Tage wird es in allen Ländern, besonders in Deutschland zu schweren Zusammenstößen kommen, wobei es eine Anzahl Tote gibt."

Das heißt kurz und brutal: Wir werden es schon darauf anzulegen wissen, daß es Tote gibt. Was ist diesen Provokateuren die heilige Idee des 1. Mai, die Idee der Brüderlichkeit und Menschlichkeit! Was bedeuten ihnen trauernde Witwen, verwaiste Kinder, nichts!

Die Toten des 1. Mai standen im Programm der kommunistischen Strategen, sie haben mit ihnen gerechnet. In Leipzig verbreiteten die Kommunisten noch in der Nacht zum 2. Mai — also bei Beginn der Kämpfe in Berlin — Flugblätter „Arbeiterblut fließt in Berlin! Heraus zum Protest gegen die sozialdemokratischen Henker!" Die Leitung der KPD. muß, wie die „Leipziger Volkszeitung" feststellt, auf die Meldungen vom Aufruhr in Berlin gewartet haben, sonst hätte das Flugblatt nicht schon in der Nacht verteilt werden können.

In Hamburg sprachen die kommunistischen Redner am 1. Mai noch vor 12 Uhr mittags von Straßenkämpfen in Berlin und hetzten mit Leichen, die es noch gar nicht gab!

Der strategische Plan der KPD.-Leitung.

Acht Tage vor dem 1. Mai wurden von der Leitung der KPD. in Gemeinschaft mit den Vertretern aus Moskau die endgültigen Aufmarschpläne festgelegt. Mit brutaler Offenheit wurde erklärt, daß man mit einer Anzahl Toter am 1. Mai rechne. Es sollten aus lokalen Demonstrationen zwei größere Züge formiert werden, von denen der eine nach dem Potsdamer Platz und der andere nach dem Alexanderplatz in Berlin dirigiert werden sollte. Die gewissenlosen Organisatoren wußten genau, daß Demonstrationen an diesen verkehrsreichsten Plätzen der 4-Millionen-Stadt unter allen Umständen zu Zusammenstößen führen mußten.

Natürlich leugneten die Kommunisten mit frecher Stirn das Vorhandensein eines solchen Planes. Es war vergebens. Sie besaßen die frivole Leichtsinnigkeit, zwei Tage vor dem 1. Mai ein Flugblatt, das den gesamten Aufmarschplan enthielt, in den Berliner Großbetrieben zu verbreiten. Das war der Gipfelpunkt demagogischer Verantwortungslosigkeit, das war eine Provokation in Reinkultur. Man bedenke, daß sich der Alexanderplatz im Zustand völligen Umbaues befindet und ein Gewirr von Baugruben darstellt. Wenn bei den Zusammenstößen die Menschenmassen dort hineingestürzt wären, dann hätte es sicher 200 Tote gegeben.

Während dieser strategische Plan entworfen wurde, versuchte die kommunistische Presse, durch eine Flut von Aufrufen, Verleumdungen und Hetzartikeln die Berliner Arbeiterschaft für ihre Pläne reif zu machen. Eine besondere Rolle spielte in diesen Vorbereitungen ein sagenhaftes „Maikomitee", bestehend aus den „Delegierten der Berliner Großbetriebe und Arbeiterorganisationen". Es sollte den Massenaufmarsch organisieren und durchführen Kein Mensch wußte, was dieses Maikomitee vorstellte, wer es gewählt hatte, von wem es seine Befugnisse ableitete. Nachher stellte sich heraus, daß manche Großbetriebe überhaupt nichts von „Delegierten" wußten.

In einem Aufruf dieses „Maikomitees" hieß es:

Die Berliner Arbeiter marschieren auf gegen alle, die den 1. Mai aus einem Kampftag des Proletariats in einen Tag des Triumphes der Bourgeoisie, in einen Tag des Demonstrationsverbots, in einen Tag der Polizeiwillkür, einen Tag reformistischer Saalveranstaltungen verfälschen wollen. Kein klassenbewußter Arbeiter geht zu diesen reformistischen Saalveranstaltungen, die ein Hohn auf den 1. Mai sind!

Wenn Zörgiebel es wagt, am 1. Mai Zusammenstöße zu provozieren und Arbeiterblut zu vergießen, dann antwortet am 2. Mai mit dem Massenstreik!

Wählt überall Maikomitees!
Kein Mann in die reformistischen Saalveranstaltungen!
Alle Mann auf die Straße! Demonstriert!

Die Berliner Arbeiterschaft hat am 1. Mai bewiesen, was sie von diesen Losungen Moskaus hielt, nämlich:

Alle Mann in die Saalveranstaltungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie!

Gewiß war es der Berliner Arbeiterschaft nicht gleichgültig, daß der 1. Mai im Zeichen des Demonstrationsverbotes stand. Aber ihr Zorn richtete sich gegen die wahren Urheber dieses Zustandes: gegen die KPD.-Zentrale und ihr famoses Maikomitee. Und sie gab die einzig richtige Antwort auf die Hetzaufrufe und Putschversuche Unverantwortlicher, indem sie das tat, was ihr im Maiaufruf der Gewerkschaften geraten wurde:

> Arbeiter! Demonstriert in würdiger Form! Hier und da bestehen Verbote der öffentlichen Umzüge. Respektiert auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu steht. Die Maifeiern, diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur, dürfen nicht zu Tummelplätzen gemacht werden für uns innerlich und äußerlich fernstehende radaulustige Elemente.

Auch der Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD. Berlin warnte die Arbeiterschaft, den irrsinnigen Parolen der Kommunisten Folge zu leisten.

Voller Vertrauen sahen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dem Tag der Maifeier entgegen — und die Arbeiterschaft Berlins hat in ihrer überwältigenden Mehrheit dieses Vertrauen nicht enttäuscht.

Der Verlauf des 1. Mai.

Vormittags fanden in Hunderten von Versammlungen die Feiern der Gewerkschaften statt. Sie nahmen überall einen würdigen und erhebenden Verlauf, kein Kommunist konnte eine Störung provozieren. Alle Säle waren überfüllt. Nicht nur die Organisierten, sondern auch die besonderen Spekulationsobjekte der KPD., die Unorganisierten, ja sogar viele Tausende kommunistischer Arbeiter waren den Parolen der Gewerkschaften gefolgt. Je mehr der Tag fortschritt, um so deutlicher wurde der jämmerliche Mißerfolg der kommunistischen Pläne.

Wo blieben die Hunderttausende, die unter dem kommunistischen Banner gegen den „Sozialfaschismus", gegen den „Arbeiterverrat" der Sozialdemokratie demonstrieren sollten? Nur einige hundert Menschen, kleine Züge von Parteikommunisten, Halbwüchsige und undefinierbare Gestalten hatten in einigen Stadtteilen die Straße „erobert". Im Verlauf des Tages kam es zu einigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Es gab Verletzte, es gab einen Toten, der einem verirrten Schreckschuß zum Opfer fiel. Mit Wasser und Gummiknüppeln setzte die Polizei das bestehende Demonstrationsverbot durch.

Am Abend des 1. Mai schien sich das Geschick des kommunistischen „Kampfes gegen den Sozialfaschismus" erfüllt zu haben.

Es war der KPD. in keiner Weise und nirgends gelungen, die Straßen zu „erobern" und zu beherrschen.

Der linkskommunistische Berliner „Volkswille" stellt am 4. Mai fest: „Der Gesamteindruck der Demonstration und des Verlaufs des 1. Mai war: Es ist keine Kommunistische Partei da!"

Der kommunistischen Arbeiter hatte sich eine tiefe Enttäuschung bemächtigt. Sie sahen sich ohne jede Führung, verraten und verkauft.

Wo waren die kommunistischen Führer?

Vor dem 1. Mai hatte man an die Führer das Verlangen gerichtet, sie sollten sich an die Spitze der Demonstrationen stellen. Von ihnen waren aber am 1. Mai nur wenige auf den Straßen zu erblicken. Am Tage vorher war auf Antrag der kommunistischen Fraktion die Reichstagssitzung vorzeitig abgebrochen worden, mit der Be-

gründung, daß viele kommunistische Abgeordnete „andere Verpflichtungen" hätten und deshalb der Sitzung nicht länger beiwohnen könnten. Das war richtig. In einem Augenblick, in dem nach den Beschlüssen der kommunistischen Parteileitung die folgenschwersten Ereignisse in Berlin bevorstanden, wo also die Anwesenheit sämtlicher verantwortlichen Führer erforderlich gewesen wäre, sind sie in großer Zahl nach dem Reich abgereist! Heinz Neumann, einer der intellektuellen Urheber der Mai-Aktion, war nach Dresden gefahren, um den Parteitag der KPD. vorzubreiten. Er hatte schon eine Anzahl Resolutionen in der Tasche, von denen die längste rund 70, die kleinste 26 Seiten umfaßte. Auch Willi Münzenberg, der kommunistische Hugenberg, befand sich fern von Berlin.

Der Leiter des „kommunistischen Generalstabs", der Abg. Ende, saß am Abend des 2. Mai in Damenbegleitung in der eleganten Excelsiordiele in der Königgrützer Straße. Andere kommunistische Führer, so zum Beispiel der Stadtverordnete Fritz Lange (Neukölln), hatten sich „Erholungsurlaub" geben lassen.

Das „Weitertreiben" der Aktion.

Bis zum Abend des 1. Mai war es der KPD.-Zentrale noch nicht gelungen, die Leichen zu schaffen, die sie für ihre sinnlose Putschtaktik gebrauchte. Wäre nun ein Fünkchen von Verantwortungsgefühl in der kommunistischen Parteileitung vorhanden gewesen, so hätte man am Abend des 1. Mai die Aktion abblasen, hätte man die Niederlage eingestehen müssen.

Aber der verbrecherische Beschluß, der von den Führern der KPD. und den Moskauer Abgesandten gefaßt wurde, lautete:

Die Aktion wird weitergetrieben!

Bereits waren Richtlinien über die „Bewaffnung des Proletariats" und über die „Zermürbungstaktik" gegen die Polizei an die zuverlässigsten Funktionäre herausgegeben worden. Durch Stafetten wurde an die einzelnen Bezirke die Parole herausgegeben, den Widerstand gegen die Polizei zu verschärfen. Diese Parole ist aber nur in zwei Bezirken, nämlich in der Gegend der Kösliner Straße und in einem Teil von Neukölln befolgt worden. In allen anderen Bezirken herrschte so starke Erbitterung über das Verhalten der Führung während der Tagesstunden, daß man dort die neue Parole unbeachtet ließ. Man hat dann die „Zermürbungstaktik" in der Weise angewendet, daß man die Polizeibeamten mit harten Gegenständen bewarf und einzelne Schüsse abfeuerte. Daß die Polizei nicht überwältigt werden könnte, wußte man wohl; aber sie sollte unruhig gemacht und dazu gezwungen werden, ihre Kräfte an bestimmten Stellen zu konzentrieren, wodurch die anderen Stadtteile von polizeilichem Schutz entblößt worden wären.

Diese „Zermürbungstaktik" ist in der traurigen Geschichte der KPD. nichts Neues mehr. Sie ist bereits beim mitteldeutschen Putsch im Jahre 1921 angewendet worden. Zur Ehre der wirklich klassenbewußten Berliner Arbeiter, auch der kommunistischen, muß indessen gesagt werden, daß das Berliner Proletariat den sinnlosen, arbeiterfeindlichen Parolen der KPD. nicht gefolgt ist. Die Bundesgenossen, die die kommunistische Zentralleitung in den Maitagen fand, hatten mit der organisierten Arbeiterschaft nichts zu tun. Unkontrollierbare, unorganisierte Großstadtelemente, vielleicht auch einige fanatisierte, irregeführte Arbeiter, waren es, die die Tragikomödie eines Barrikadenkampfes aufführten.

Am Morgen des 2. Mai hatten die Führer der KPD. erreicht, was sie brauchten: Arbeiterleichen,

die diesen „Arbeiterführern" das ersehnte Mittel waren, die „Aktion weiterzutreiben". Nun galt es, die Leidenschaften aufzupeitschen, um „revolutionäre" Stimmung zu erzeugen und den Bürgerkrieg zu entfesseln. Die Spalten der kommunistischen Presse in Berlin und im Reiche waren gefüllt mit bombastischen und phrasenhaft verlogenen Berichten im Stil übelster Kriegsberichterstattung.

Im Laufe des 2. und 3. Mai erfolgte programmgemäß die

Aufforderung zum politischen Massenstreik!

Bevor wir auf den „Erfolg" dieser Massenstreikparole eingehen, sei eine Frage gestellt:

Konnten die verantwortlichen Führer der KPD. und die in Berlin anwesenden Mitglieder der kommunistischen Internationale auch nur einen Augenblick glauben, daß die Arbeiterschaft ihrem wahnsinnigen Appell folgen würde?

Rosa Luxemburg, die zu den Gründern der Kommunistischen Partei gehörte, hat über den Massenstreik als politisches Kampfmittel folgendes ausgeführt:

„Es ist genau so unmöglich, den Massenstreik als abstraktes Kampfmittel zu „propagieren", wie es unmöglich ist, die „Revolution" zu propagieren. „Revolution" wie „Massenstreik" sind Begriffe, die selbst bloß eine äußere Form des Klassenkampfes bedeuten, die nur im Zusammenhang mit ganz bestimmten politischen Situationen Sinn und Inhalt haben.

Wollte es jemand unternehmen, den Massenstreik überhaupt als eine Form der proletarischen Aktion zum Gegenstand einer regelrechten Agitation zu machen, mit dieser „Idee" hausieren zu gehen, um für sie die Arbeiterschaft nach und nach zu gewinnen, so wäre das eine ebenso müßige aber auch ebenso öde und abgeschmackte Beschäftigung, wie wenn jemand die Idee der Revolution oder des Barrikadenkampfes zum Gegenstand einer besonderen Agitation machen wollte." (Aus: „Massenstreik und Sozialdemokratie", Hamburg 1906.

Die „ganz bestimmte Situation" aber, in der die Kommunisten zum Massenstreik aufriefen, war die, daß die Massen der Arbeiterschaft den Kommunisten eine Niederlage nach der anderen bereitet hatten. Ein Verbrechen war es, in einem Augenblick, in dem die gesamte Arbeiterklasse im Kampf gegen die Sozialreaktion steht, den Keil der Spaltung noch tiefer zu treiben. So war es kein Wunder, daß der Aufruf der Thälmann-Clique keinen Widerhall fand.

In ganz Berlin mit seiner Million Arbeitern haben höchstens 10 000 die Arbeit niedergelegt.

Auch in den besten kommunistischen Bezirken im Reiche, in Halle, in Chemnitz, in Hamburg und im Ruhrgebiet, wo noch heute das Massenelend einen günstigen Agitationsboden für jede Verhetzung abgibt, fiel die Streikparole glatt ins Wasser. Die Terror- und Gewaltmaßnahmen, die die Kommunisten in Hamburg anwandten, steigerten nur die Ablehnung der kommunistischen Parolen. So war schließlich der „Massenstreik unter Führung der KPD." zu einem Massenstreik gegen die KPD. geworden.

Als der völlige Mißerfolg der Massenstreikparole sich nicht länger verheimlichen ließ, versuchte die kommunistische Presse einen ebenso geistlosen wie

feigen Rückzug.

Am 6. Mai standen im Halleschen „Klassenkampf" folgende Sätze:

„Und was war es mit dem „Generalstreik" (Gänsefüßchen im Originall) gegen das Zörgiebel-Blutbad? Auch für den Generalstreik ist die politische Situation noch nicht reif genug. Die Partei rief tatsächlich nur zu Massenproteststreiks auf, Proteststreiks, zu denen sofort nach dem Bekanntwerden des Berliner Blutbades viele Betriebe von selbst übergingen."

Dabei hatte sich nicht einmal ein Prozent der Arbeiterschaft zum „Massenproteststreik" bereitgefunden!

Daß mit dem „politischen Massenstreik" der Generalstreik gemeint war, geht unzweideutig aus folgendem Geständnis des Kommunistenführers Pieck hervor:

„Es ist der Partei nicht gelungen, die Erbitterung der Arbeiterschaft zu einem Generalstreik zu steigern!" (Internationale Presse-Korrespondenz vom 7. Mai 1929.)

Jetzt mußte das „Maikomitee" wiederum in Aktion treten; es gab folgende neue Parole heraus:

„Am Tage der Beerdigung unserer ermordeten Klassengenossen müssen die Berliner Arbeiter ihnen demonstrativ das letzte Geleit geben und so ihren Willen zur Steigerung ihres Kampfwillens bekunden."

Das war alles, was vom „Massenstreik" übrig geblieben war. Aber selbst dieses Mittel, die Arbeiterschaft mit den Barrikadenkämpfern, mit der KPD. zu solidarisieren, war vergeblich. Schritt für Schritt wich die KPD.-Zentrale und ihr „Maikomitee" zurück. Aus dem „demonstrativen letzten Geleit" wurde eine halbstündige, dann eine viertelstündige „Arbeitsruhe". Aber an dem Tage, als die ersten Opfer des organisierten kommunistischen Verbrechens zu Grabe getragen wurden, hat weder in Berlin noch irgend sonstwo ein Proteststreik stattgefunden. Warum? Nicht, weil die Arbeiterschaft für die Toten des 1. Mai nur ein Achselzucken hätte, sondern weil sie es ablehnte, den wahren Schuldigen die Verantwortung für die Blutopfer der Maiaktion abzunehmen.

Thälmann, der „Führer" der KPD., hatte die Stirn, am Grabe dreier Opfer des Maiputsches eine neue Hetzrede zu halten. Er erklärte,

daß ähnliche Auseinandersetzungen in Zukunft besser organisiert (!) werden müßten. Die KPD. sei sich ihrer großen Rolle für die Zukunft bewußt und werde sich in ihrem Kampfe über die Gesetze und Staatseinrichtungen hinwegsetzen. Es müßten alle Kräfte mobilisiert werden, um den bewaffneten Aufstand zu organisieren (!).

Noch weiter gingen die Moskauer Drahtzieher des Berliner Maiputsches. Die Pariser „Humanité", das Zentralorgan der französischen Kommunisten, veröffentlichte am 7. Mai einen endlosen Aufruf, gezeichnet vom „Bureau der Kommunistischen Internationale für die westlichen Länder", in welchem dem „glorreichen Kampf des Berliner Proletariats" als von einer „neuen Seite in der Geschichte der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung" gesprochen und gesagt wird:

„Aber dieser unvollendete Kampf setzt auf die Tagesordnung der gesamten internationalen Arbeiterbewegung die Frage der Umwandlung der wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Monate in politische Kämpfe, in Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat. Durch seine Haltung hat das Berliner Proletariat den sozialdemokratischen Bureaukraten ins Gedächtnis gerufen, daß die Zeit der Barrikadenkämpfe nicht vorüber ist, obwohl man in Europa gegenwärtig keine ähnliche Zersetzung des Kapitalismus feststellen kann wie in den Jahren 1918 und 1919."

Der Schluß des Aufrufes sagt aber deutlich, warum Moskau die Berliner Ereignisse so hoch bewertet. Es gilt, wie gesagt, die Wiederholung auf breiterem Maßstabe anzukündigen, ja anzuordnen, und zwar für ein bestimmtes Datum, nämlich den 1. August:

„Auf den Barrikaden am Wedding und in Neukölln ist das Banner des kämpfenden revolutionären Internationalismus entfaltet worden! Dies muß für die Arbeiterklasse auch der anderen Länder ein Kampfsignal sein im Hinblick auf den internationalen

„Roten Antikriegstag" am 1. August.

Das Berliner Proletariat hat das Aktionssignal für den „Roten Tag" gegeben. Der internationale „Rote Tag" vom 1. August wird in der internationalen Arbeiterbewegung ein Wendepunkt bedeuten, nämlich den Uebergang des Proletariats zur Gegenoffensive auf internationaler Front gegen den Weltkapitalismus . . . Die Maiaktion des Berliner Proletariats ist das erste Vorhutgeplänkel dieser Offensive des Proletariats . . . Ihr Arbeiter, ihr Unterdrückten aller Länder bildet ein eisernes Bataillon um das Berliner Proletariat. Unterstützt durch Massenversammlungen, durch öffentliche Kundgebungen und, überall wo es möglich ist, durch politische Streiks die Aktion des deutschen Proletariats. Erobert in euren einzelnen Ländern am 1. August die Straße für die Arbeiterklasse!"

„Macht euch alle die politischen und technischen Erfahrungen des Kampfes des Berliner Proletariats, der Kampfmethoden der Polizei zu eigen, um für euer Auftreten am 1. August über eine größere Manövrierfähigkeit zu verfügen."

Das ist eine offene Aufforderung Moskaus zum Putsch, zum Bürgerkrieg, zum Blutvergießen in Strömen an einem bestimmten Tag zwölf Wochen im voraus. Dieser Tag ist übrigens offenkundig gewählt worden, um blutige Zusammenstöße mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu provozieren, weil die Exekutive der Sozialistischen Internationale auf ihrer letzten Tagung in London beschlossen hatte, in ihrem Feldzug zugunsten der internationalen Abrüstung die 15. Wiederkehr des Kriegsbeginns durch internationale Abrüstungskundgebungen zu begehen.

Das ist der Schlußpunkt unter die Beweiskette, daß auf Anweisung Moskaus die KPD. auch den blutigen 1. Mai gewollt hat, daß alle ihre Versuche, sich von der Verantwortung reinzuwaschen, nichts als faule Ausflüchte sind.

Die deutsche Sozialdemokratie ist überzeugt und gewiß, daß auch nicht ein Arbeiter, dem es ernst ist mit dem Schicksal der werktätigen Massen, das Wiederaufleben des kommunistischen Putschismus unterstützen wird. Die Erkenntnis, daß die Existenz der KPD. das größte Hemmnis ist auf dem Wege der Arbeiterklasse zum Sozialismus, wächst auch unter denen, die ihr bisher Gefolgschaft geleistet haben.

Anklagen gegen die KPD.

Das Maiverbrechen hat wiederum vielen die Augen geöffnet über den Weg zum Abgrund, den die KPD. geht. Aus der Fülle der Anklagen gegen die KPD. seien einige erwähnt.

Der bekannte Leipziger Straßenbahn-Betriebsrat Albert Schirmer hat seinen Austritt aus der KPD. erklärt und der SPD. folgendes Schreiben übersandt:

„Ich habe meinen Austritt aus der KPD. erklärt und bin wieder zur SPD. zurückgekehrt. Die Toten des 1. Mai mahnen zu solchem Handeln. Ich habe der KPD. elf Jahre angehört und der Austritt ist mir nicht leicht geworden. Langjährige Parteizugehörigkeit wirft man nicht fort wie einen alten Hut. Ich habe versucht, durch Kritik vom Irrwege abzuführen. Die Betriebsratswahlen bei der Leipziger Straßenbahn, die Einheitsfront mit den Unorganisierten, die unlautere Kampfesweise der KPD. kann ein Proletarier lauteren Charakters nicht mehr mitmachen. Ich als politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter wende mich mit Abscheu von dieser Art Arbeiterpolitik."

Der erste Lokalredakteur der „Roten Fahne", Fritz Köhler, eines der ältesten Mitglieder der KPD., sandte an seine Partei ein Schreiben, in dem es heißt:

„W. G.!

Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der KPD. Der erschütternde Ausgang des diesjährigen Maitages gibt mir den äußeren Anlaß für diesen Schritt. Gewiß fordert der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht schwere Opfer. Aber die Toten dieses 1. Mai sind nutzlos gefallen.

Irgendwelche Abenteurer, die mit dem Proletariat überdies nichts zu tun haben, mögen das für gut befinden, aber jeder um seine Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse wissende Funktionär muß sich in diesen Tagen klar geworden sein, daß er alles tun muß, um die Wiederholung eines derartigen Spiels mit wertvollen Arbeiterleben zu verhindern. . . .

Man wirft nicht die Zugehörigkeit zu einer Partei, der man 11½ Jahre angehört, fort wie einen alten Rock. Ich habe in den letzten Tagen mit vielen Genossen gesprochen, sie waren in ihrer Kritik an jenem Kurs der Partei, der in den Abgrund führt, weit härter als ich. Aber sie ducken den Kopf und schweigen. Sie hoffen, sagten sie. Auf was eigentlich, auf das Ende, von dem die Arbeiterklasse keinen Nutzen haben wird und um in der Zwischenzeit weiter an der Zerreißung der Arbeiterklasse zu arbeiten? Wer sich hierbei mitschuldig machen will, der mag in der Partei bleiben. Ueber sein Gejammer von der Katastrophenpolitik der Parteileitung wird man allerdings zur Tagesordnung übergehen."

Neben den vielen, die nach dem Berliner Maiputsch zur Sozialdemokratie zurückgekehrt sind, stehen jene Kommunisten, die noch einen letzten verlorenen Kampf ausfechten gegen die korrupte Kommunistische Partei.

In der rechtskommunistischen Zeitung „Gegen den Strom" vom 24. April heißt es:

„Die Parteiführung mißbraucht, in der sicheren Voraussetzung, daß es Tote und Verwundete gibt, den Opfermut der entschlossensten und opferwilligsten revolutionären Arbeiter, um sie, isoliert von den Massen, dem Polizeigewaltigen auf dem Präsentierteller darzubieten . . . Selten haben . . . Polizeisoldaten eine solche Gelegenheit, wie sie ihnen die Thälmann-Zentale diesmal bietet, nur kommunistische Arbeiter zu treffen. Wie die heutige Parteiführung, versteckt vor der Arbeiteröffentlichkeit, ja z. T. versteckt vor den eigenen Parteigenossen, ihre „politische" Vorbereitung zum 1. Mai trifft, so handeln politische Charlatane oder Provokateure."

Nicht weniger interessant sind die Ausführungen des Leipziger rechtskommunistischen Blattes „Arbeiterpolitik“:

„Sie (die KPD.-Führer) haben den RFB. und die KPD. zu einer Hilfstruppe der Faschisten gemacht, sie arbeiten der Reaktion in die Hände.“

Eine bessere Charakteristik der KPD. als diese, die von den jahrelangen Kominterngenossen erfolgt, kann wohl kaum gegeben werden.

Mit ähnlichen Aeußerungen ließe sich Seite um Seite füllen. Aber es bedarf vor der deutschen Arbeiterschaft keiner weiteren Beweise mehr, daß die Kommunistische Partei, das gefügige Werkzeug der bolschewistischen Diktatoren, ein Schädling ist am Körper der deutschen Arbeiterschaft.

Die Kommunisten haben ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen gesucht, daß sie behaupteten, sie täten nichts anderes, als was die Sozialdemokratie vor dem Kriege auch getan habe. Diese

Parallele zwischen der alten Sozialdemokratie und der KPD.

von heute ist eine Verleumdung unserer Partei und ihrer großen Vorkämpfer. Man vergleiche mit der sinnlosen Hetze der Kommunisten gegen die Staatsgewalt, mit ihren offenen und versteckten Aufforderungen zur Gewaltanwendung, folgenden

Aufruf der ersten Opfer des Sozialistengesetzes,

der Berliner Ausgewiesenen vom November 1878:

„Keine Gewalttätigkeit! Achtet die Gesetze! Laßt euch nicht zu geheimen Verbindungen oder Putschen verleiten! An unserer Gesetzlichkeit muß der Feind zugrunde gehen! Denkt an unsere Frauen und Kinder! Es lebe die Sozialdemokratie!“

Wilhelm Liebknecht, einer der großen Revolutionäre der Arbeiterbewegung, schrieb nach dem Leipziger Hochverratsprozeß:

„Unsere Partei ist eben in ihren Zielen eine revolutionäre, d. h. eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft anstrebende Partei, aber sie ist gerade deshalb eine Partei der Agitation, nicht der bloß die Oberfläche des Staates berührenden Putsche —, eine propagandistische Partei, welche durch Verbreitung ihrer Ideen den Sieg zu erringen sucht, nicht durch kindische Revolutionsmacherei.“

Weil die Sozialdemokratie weiß, daß sie durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und durch die Macht ihrer Ideen den Sieg erringen wird, lehnt sie heute wie stets die Gewaltanwendung als einziges Kampfmittel zur Erreichung ihrer Ziele ab. Das ist nicht erst unsere Erkenntnis von heute, wie folgende Zitate beweisen:

Sozialdemokratische Partei-Correspondenz, 12. November 1910:

Der „Aufruhr“ am Wedding.

Die Interessenten des schwarzblauen Blocks, zu denen sich die industriellen Scharfmacher gesellen, fühlen ihre Macht durch das unausgesetzte Anwachsen der Sozialdemokratie bedroht. Ihre Sehnsucht geht dahin, daß das Proletariat der Großstädte, empört über die Lebensmittelteuerung und andere Folgen der agrarischen Politik, sich zu Gewalttaten hinreißen lassen möchte. Das dann von der Staatsgewalt angerichtete Blutbad würde im Bürgertum die Angst vor dem roten Gespenst entfachen und die Bahn für Ausnahmegesetze und andere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft frei machen.

Die Arbeiterschaft tut der Reaktion nicht diesen Gefallen.

Zum Asselner Dynamitprozeß vor dem Schwurgericht Dortmund, Juli 1912.

„Vorwärts", 16. Juli 1912:

Es braucht ja nicht besonders betont zu werden, daß die geistig kämpfende und siegesgewisse Sozialdemokratie solche Verzweiflungstaten entschieden verurteilt. Ist doch auch oft genug festgestellt worden — wir erinnern an die Namen Haupt, Schröder, Napora, Ihring-Mahlow, Wohlgemut und andere der Sorte —, welche Personen Interesse an solchen Attentaten zeigten."

„Leipziger Volkszeitung", am 15. Juli 1912:

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß die Sozialdemokratie sowohl wie die freie Gewerkschaftsbewegung Gewaltmittel im Kampfe gegen die herrschende Klasse ablehnen und verurteilen; sie stehen auch dem Asselner Dynamitattentat fern."

Der neue Kurs.

Die blutige Mai-Aktion der kommunistischen Parteileitung, der totgeborene politsche Massenstreik und die Ankündigung neuer Aktionen dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind ebenso wie die immer maßloser werdende Hetze gegen die Sozialdemokratie, die Umschmeichelung der Unorganisierten, die Minierarbeit in den Gewerkschaften und allen anderen Organisationen der Arbeiterschaft zusammenhängende Aeußerungen eines neuen Kurses, einer neuen Taktik. Da aber die KPD. nur eine „Sektion", d. h. ein willenloses Organ der Moskauer Internationale ist, so ist auch

die „neue Taktik" der KPD. in Wirklichkeit eine Wendung in der Politik Moskaus.

Die Krise der KPD. — denn sie befindet sich in einer Krise — ist nur ein Spiegelbild der Krise der bolschewistischen Diktatur und der kommunistischen Internationale. der stärksten Stütze, der gefügigsten Sektion der Moskauer Internationale.

Das Regime Stalins ringt mit größten Schwierigkeiten bei der Durchführung des kommunistischen Aufbauprogramms in Rußland. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und ständige Ernährungsschwierigkeiten bedrücken den russischen Arbeiter. Von links und rechts kommt scharfe Kritik, steigende Opposition gegen die „Generallinie" der herrschenden Stalin-Clique. Die Opposition um Trotzki, der den wahren Leninismus verraten glaubt, wird mit eiserner Hand niedergehalten. Gefährlicher ist die „Rechte Abweichung". Sie verlangt Aenderung der Agrarpolitik durch Einstellung des Kampfes gegen die größeren Bauern, um die Ernährungsschwierigkeiten zu mildern. Sie bekämpft das schnelle Tempo der Industrialisierung. Sie hat die Hoffnung auf eine baldige „Weltrevolution" aufgegeben und steht resigniert dem Weltkapitalismus gegenüber.

Zu den inneren Schwierigkeiten kommen die äußeren. Moskaus „Erbfeind", den britischen Imperialismus, hoffte man durch zwei grandiose „Einheitsfrontmanöver" tödlich zu treffen: durch das englisch-russische Gewerkschaftskomitee, das die englische Arbeiterklasse unter Moskaus Einfluß bringen sollte, und durch die Bolschewisierung Chinas. Beide Pläne sind völlig gescheitert. In China wie in England ist Moskau ausgeschaltet worden. Die Kommunistische Internationale zog sich jetzt zurück auf die alten Hochburgen des Kommunismus in Europa: Deutschland, Tschechoslowakei, Frankreich.

Aber in diesen Ländern ist die Lage von Grund auf anders als in der „akuten revolutionären Periode" 1918 bis 1923. Der Einfluß der Sozialdemokratie hat zugenommen in dem Maße, wie sie das Elend der Inflations- und Krisenzeit mildern konnte. Von 1918 bis 1923 hat die KPD. einen Putsch nach dem anderen versucht; seitdem konnte sie das nicht mehr wagen. Moskau mußte fürchten, daß die Arbeiterschaft immer mehr sich der aufbauenden Arbeit der Sozialdemokratie und der „reformistischen" Gewerkschaften zuwenden würde. Die sich unter den Fahnen des Sozialismus anbahnende Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern, und ihre Spaltung zu vertiefen, das war die Aufgabe des

VI. Weltkongresses der kommunistischen Internationale.

Das Ergebnis dieses Kongresses im August 1928 war das Programm der „neuen Taktik", das Programm der schärfsten Abgrenzung von der Sozialdemokratie und des schroffsten Kampfes gegen die Sozialdemokratie,

Die erste Tat dieser „neuen Politik" war der Auftrag an die französischen Kommunisten, bei den Kammerwahlen im zweiten Wahlgang ihre Kandidaturen gegen die Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten — sie haben dadurch der Reaktion zur Mehrheit in der Kammer verholfen. Ihre zweite Tat war der Auftrag an die englischen Kommunisten, bei den kommenden Wahlen Kandidaten gegen die Arbeiterpartei aufzustellen, unbekümmert darum, das dadurch die bedrohte reaktionäre Mehrheit gestärkt werden könnte.

Die entscheidendsten Folgen zeitigte die neue Taktik in der KPD.,

der stärksten Stütze, der gefügigsten Sektion der Moskauer Internationale.

Die Uebertragung der im neuen Programm der Komintern niedergelegten „Kommunistischen Strategie und Taktik" auf den Kampf der deutschen Kommunisten gegen die deutsche Sozialdemokratie erforderte zunächst eine „neue Taktik" zur Eroberung der Gewerkschaften.

Die Frage der Stellung der Kommunisten zu den Gewerkschaften ist die Schicksalsfrage des Kommunismus. Er kann nicht an diesen mächtigen Organisationen vorbeigehen, er muß versuchen, sie zu zerstören oder zu erobern, was dasselbe bedeuten würde. Das Ziel des Kommunismus ist also heute wie vor zehn Jahren: Vernichtung der freien Gewerkschaften!

Nur die Mittel haben gewechselt. Nachdem die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!" vollständig versagt hatte, hieß es: „Hinein in die Gewerkschaften! Bildet Zellen und Fraktionen!"

Die neue Parole, die der Sechste Weltkongreß erfand, um die Zerstörungsarbeit der Kommunisten an den Gewerkschaften fortzusetzen, lautete:

„Mobilisierung der Unorganisierten zum Kampf gegen die Organisierten."
„Revolutionäre Kampfleitungen und Streikkomitees zur Verschärfung der Wirtschaftskämpfe."

Im neuen

Programm der Kommunistischen Internationale

heißt es:

„Um ihre historische Aufgabe — die proletarische Diktatur zu erringen — erfüllen zu können, muß sich die Kommunistische Partei folgende strategische Ziele stellen: Die Eroberung der Mehrheit der eigenen Klasse. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, den entscheidenden Einfluß der Kommunistischen Partei auf die großen Massenorganisationen des Proletariats zu sichern (Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften, Sport- und Kulturorganisationen). Besonders große Bedeutung für die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats hat die systematische Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften, dieser umfassenden Massenorganisation des Proletariats, die mit seinen Tageskämpfen eng verbunden sind."

In Ergänzung dieses Programmsatzes erließ die KPD. Ende Januar 1929 Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen, die die „Beeinflussung und Erfassung der Unorganisierten" predigten. Weitere Anweisungen zur „neuen Taktik" wurden in einer

Resolution der „Roten Gewerkschaftsinternationale"

gegeben:

„Mobilmachung der gesamten Partei, der Gewerkschaftsopposition und aller mit ihnen sympathisierenden Arbeiter zur Vorbereitung ökonomischer Aktionen bei stärkster Entlarvung der verräterischen Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbureaukratie.

In die Streikorgane (Streikkomitees) sollen einfache sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, sowie Vertreter der unorganisierten Arbeiter hineingewählt werden.

Man soll die Massen gegen das Schlichtungswesen in Bewegung setzen und bei der geringsten Möglichkeit einen Streikkampf gegen den Spruch der Schlichtungsinstanzen weiterführen.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen ist eine großzügige Kampagne zugunsten demokratischer Wahlen (!) zu entfalten.

Die Gewerkschaftsarbeit muß von der ganzen Partei und als eine politische Arbeit (!) geführt werden."

Die erste Probe dieser „neuen Taktik" war der Ruhrkampf. Trotz des Siegesgeschreis der kommunistischen Presse, die von 120 000 durch die „Kampfleitungen erfaßten Unorganisierten" redete, war diese erste Probe ein voller Versager.

Der Zerfall der KPD.

In den Diskussionen des 6. Weltkongresses spielte eine Hauptfrage die „Rechte Gefahr" in der Kommunistischen Internationale, die besonders kraß in der KPD. in Erscheinung tritt. In einem „Offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale iom 19. Dezember 1928 heißt es:

„Seit der deutschen Revolution des Jahres 1923 hat die Fraktionstätigkeit der rechten Elemente in der KPD., insbesondere der Anhänger Brandlers, niemals gänzlich aufgehört Ihre falsche Linie kommt ständig in einer Kapitulationspolitik Brandlers gegenüber der Bourgeoisie sowie in einer Blockpolitik mit den Sozialdemokraten zum Ausdruck.

Die vom 6. Kongreß ausgearbeitete Streikstrategie führt nach Meinung der Rechten zur Spaltung zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern, zur Spaltung der Gewerkschaften und zur völligen Loslösung der KPD. von den Arbeitern."

Die Opposition des rechten Flügels der KPD. wurde anläßlich der Korruptionsaffäre Thälmann-Wittorf immer schärfer und führte schließlich zum Ausschluß Brandlers, Thalheimers, Walchers und Hunderte ihrer Anhänger. Bei den Wahlen in Sachsen hatte die Gruppe eigene Listen aufgestellt, die jedoch zu keinem Mandat führten, da die herrschende Thälmann-Clique den Parteiapparat mit größter Brutalität gegen die Rechten einsetzte. Die rechte Gruppe hat augenblicklich acht eigene Zeitungen in Deutschland und gewinnt noch täglich an Anhängerschaft. Zwischen der KPD. und dem rechten, nunmehr ausgeschlossenen Flügel stehen die „Versöhnler", die den scharfen Kampf gegen die Rechten mißbiligen. Im Gegensatz zur „rechten" Opposition, die mit dem Ausschluß aus der Partei gerechnet hatte, beabsichtigen die Versöhnler, es nicht mit der KPD. zum Bruch kommen zu lassen, da sie hoffen, innerhalb der Partei noch zur Macht zu kommen.

Während diese beiden Gruppen sich der „rechten Abweichung" von der „Generallinie" der Kommunistischen Internationale schuldig gemacht haben, steht eine kleine Gruppe unter Urbahns Führung im Lager der Trotzkisten. Sie ist, wie der Austritt ihres führenden Mitgliedes Bartels bewies, jedoch in voller Auflösung begriffen.

Das Bild, das die KPD. heute bietet, ist das einer von schwersten Krisen erschütterten Partei, deren völliger Niederbruch nur eine Frage der Zeit sein kann und sich um so schneller vollzieht, je intensiver alle Anhänger der SPD. arbeiten und je unablässiger sie in die Köpfe der Massen hämmern: Euer Platz kann nur der des Mitstreiters in der SPD. sein!

Verantwortlich: R. Hauschildt. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Veragsanstalt Paul Singer & Co, beide Berlin SW 68, Lindenstraße 3.